

# Correspondent.

Er scheint:  
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag  
und Sonnabend früh 7 1/2 Uhr.  
Geschäftsstelle: Holzgrube Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:  
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis  
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. —  
1 Mark 20 Pfg. durch den Heraultträger. —  
1 Mark 25 Pfg. durch die Post.

N. 76.

Dienstag den 18. April.

1893.

## \* \* Nicht-öffentliche Sitzungen des Reichstags.

Nachdem dem Plenum jetzt auch der Commission-Bericht über die sog. lex Heinze zur zweiten Beratung zugegangen ist, taucht die schon früher erörterte Frage wieder auf, ob es angezeigt sei, daß der Reichstag bei der Erörterung der Prostitutionssagen u. dergl. die öffentliche Verhandlung ausschliesse. Wir theilen die Ansicht vor der Öffentlichkeit, die neuerdings in der gerichtlichen Praxis bedeutende Fortschritte gemacht hat, in keiner Weise. Niemand ist gezwungen, den Verhandlungen des Reichstags, wenn der Inhalt derselben sein stillschweigendes Gefühl beleidigt, beizuwohnen und im Notfall könnte ja der Präsident beim Eintritt in die Verhandlungen die Insassen des Hofes, die Zuhörertribüne darauf aufmerksam machen, daß demnach ein für seine Ehre unangenehmes Thema zur Erörterung gelangen wird. Die Hauptsache ist, daß nach Art. 22 der Reichsverfassung die Verhandlungen des Reichstags öffentlich sind. Allerdings fügt der § 36 der Geschäftsordnung hinzu: Der Reichstag tritt auf den Antrag seines Präsidenten oder von zehn Mitgliedern zu einer geheimen Sitzung zusammen, in welcher dann zunächst über den Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit zu beschließen ist. Wie ist dieser Widerspruch zwischen der Vorschrift der Verfassung und der der Geschäftsordnung zu erklären? Die Sache ist die, daß der Reichstag des Norddeutschen Bundes behufs Beschleunigung der Verhandlungen die Geschäftsordnung des preussischen Abgeordnetenhauses seinen Beratungen zu Grunde gelegt hat. In dieser Geschäftsordnung aber ist lediglich der Art. 79 der preussischen Verfassung über den Ausschluß der Öffentlichkeit wiederholt und so ist diese Bestimmung in die Geschäftsordnung des Reichstags gelangt. Bei der Beratung der Geschäftsordnung im Norddeutschen Reichstage hat Niemand auf diesen Widerspruch zwischen Verfassung und Geschäftsordnung aufmerksam gemacht und seitdem ist die Frage im Reichstage nicht praktisch geworden. Zweifellos kann aber eine Bestimmung in der Geschäftsordnung nicht die Bedeutung haben, daß der Satz der Verfassung: „Die Verhandlungen des Reichstags sind öffentlich“ in sein Gegenteil verkehrt wird. Wäre das zulässig, so könnte man auf dem Umwege über die Geschäftsordnung auch andere Änderungen der Verfassung vornehmen. Wenn z. B. der Art. 9 vorschreibt, daß jedes Mitglied des Bundesrats das Recht habe, im Reichstage zu erscheinen und daselbst auf Verlangen jederzeit gehört werden müsse, so würde durch die Geschäftsordnung des Reichstags im Widerspruch mit der Verfassung bestimmt werden können, daß der Präsident des Reichstags das Recht habe, ein Mitglied des Bundesrats daran zu verhindern, außerhalb der Tagesordnung zu betheiligen. Auf diese Weise würde die Verfassung zu verstoßen, was nicht zulässig ist. Ebenfalls verfassungswidrig wäre aber der Ausschluß der Öffentlichkeit der Verhandlungen des Reichstags bei irgend einem Anlasse sein, was in der Geschäftsordnung stehen, was will.

## Politische Uebersicht.

Eine Interpellation wegen der serbischen Vorgänge wurde am Sonnabend im ungarischen Abgeordnetenhause von dem Abg. Polonpi (Unabhängigkeitspartei) eingebracht.  
Der schwedische Bundesrath unterbreitet der Bundesversammlung demnach einen Gesetzentwurf über die Bewaffnung, die Ausrüstung und den Unterricht des Landheeres in Friedenszeiten. Die Neubewaffnung des Landheeres und der Landwehr ist demnach beendigt; die Bewaffnung des Landheeres mit Repetiergewehren soll Ende Mai vollendet sein.  
Die zweite Lesung der Homerulevorlage wurde am Freitag im englischen Unterhause

fortgesetzt. Gladstone erklärte, sobald allgemein die Ansicht vorhanden zu sein scheint, daß die zweite Lesung der Vorlage abgeschlossen werden könne, werde er am Montag die Suspension des Mitternachts-Reglements für Dienstag ankündigen. — Auf die Frage Balfour's, ob er wisse, daß sich noch viele Abgeordnete an der Debatte zu betheiligen wünschten, erklärte Gladstone, er habe durchaus keinen Wunsch, das Haus zu zwingen, er glaube aber, alle von Balfour erwähnten Deputirten könnten bis Dienstag Abend gesprochen haben. Er selbst sei bereit, auf sein Recht, zu antworten, zu verzichten, da er von der Art und Weise, in welcher die Bill von den irischen Deputirten aufgenommen sei, befriedigt sei. Der Staatssecretär des Innern, Asquith, erklärte, das Argument, daß die Bill die Regierung Irlands gewissenlos, diskreditirten irischen Führern überließe, klinge bestreblich von Männern, von denen einer (Chamberlain) im Jahre 1885 Barnell zum Minister für Irland machen wollte. Noch gestern habe Courteney den irischen Deputirten Sexton für diesen Posten ausersuchen; wenn die Parzieweise es möglich machte, würden die Konservativen ein Gleiches thun. Die Irländer forderten eine nationale Selbstregierung. Die Beibehaltung irischer Deputirten im Reichsparlament sei seiner Ansicht nach jedoch wesentlich für die Vorlage. Die Irländer acceptiren dieselbe und werden nicht so blind gegen ihre eigenen Interessen sein, um die Bill zur Beibehaltung zu gebrauchen. Asquith bezeichnete alsdann die von Balfour in Ulster gehaltenen Reden als eine Aufreizung zum Bürgerkriege. Dies Verhalten sei um so abstoßender, als es von einem Parteiführer ausgegangen sei. — Inzwischen scheinen sich die Aussichten der Homerulevorlage immer ungünstiger und damit auch die Stellung Gladstone's immer schwieriger zu gestalten. Die „Birmingham Gazette“ erklärt nämlich, der Präsident des Oberverwaltungs-Amtes, Fowler, wolle aus dem Kabinete scheiden, weil die Homerulevorlage keine genügenden Bürgschaften für den Schutz der protestantischen Minorität in Irland enthalte. Der Minister Fowler's, so bemerkt die „Gazette“, würde das Schicksal des Ministeriums Gladstone besiegeln, da mindestens 20 Anhänger Gladstone's auf die Gelegenheit warten, der Homerulesache abtrünnig zu werden.

Die belgische Krise scheint am Freitag einer Lösung bedeutend näher gekommen zu sein. In einer Sitzung der Einwohnungs-Commission stimmten die Führer der äußersten Linken, Ferron und Janson, dem Compromißantrag Nyssens zu, welcher sich auf das Mehrstimmensystem stützt. Die beiden Deputirten versprachen für diesen Antrag eine Unterstützung von 40 Stimmen der Linken. Von der Rechten wird die große Mehrheit die Regierung unterstützen, welche sich ebenfalls mit dem Antrag Nyssens einverstanden erklärt. Auf diese Weise dürfte der Antrag die nach der Verfassung für eine Verfassungsrevision erforderliche Zweidrittelmehrheit erhalten. Der Antrag Nyssen enthält im wesentlichen folgende Bestimmungen: Einfache Stimmgabe für alle Bürger im Alter von über 25 Jahren, doppeltes Votum für die Grundeigentümer mit einem Katastraleinkommen von wenigstens 70 Francs oder mit einer persönlichen Steuerbelastung von 5 Francs, doppeltes Votum für die Kapazitätswähler und dreifaches Votum für diejenigen, welche die obigen drei Erfordernisse in sich vereinigen. Diese Formel würde die Zahl der Wahlberechtigten auf 1 200 000 erhöhen, wogegen dann noch weitere 800 000 Stimmen träten, welche durch das zwei- und dreifache Votum geschaffen würden. — Wie die zahlreichen einlaufenden Nachrichten aus allen Theilen des Landes erkennen lassen, ist es aber auch die höchste Zeit, daß ein Gesetz zustande kommt, welches wenigstens in etwas geeignet ist, die erregten Gemüther zu beruhigen. Denn die Regierung zögert sich den Ausfaltungen der Volksmenge gegenüber äußerst ohnmächtig. Die Unruhen wiederholen sich,

namentlich in Brüssel und in den Kohlengebieten, täglich in größerem Umfange. In Brüssel hatten am Freitag Abend die Bürgergarde und die Gendarmen große Mühe, die Ordnung vor den Zugängen zu dem „Maison du Peuple“ aufrechtzuerhalten. Bald traf Verhinderung von etwa 30 Gendarmen, welche von der Menge mit Fischen und Schmärgen empfangen wurden, ein. Die Gendarmen hielten schließlich auf die Tumultuanten ein, die Polizeigenossen folgten ihnen mit gezücktem Säbel. Es entstand eine wahre Panik. Auf den Bürgersteigen erblickte man zahlreiche Blutspuren. Bald kehrten die Gendarmen zurück, drangen in ein benachbartes Restaurant ein, von wo sie mit verschiedenen Gegenständen beworfen wurden, und trieben die Gasse mit Kolbenschlägen auseinander. Es kamen hierbei zahlreiche Verwundungen vor, darunter neun schwere. Die erste Pflanze wurde den Verwundeten in einer benachbarten Apotheke zuheilen; doch erheischte es ihr Zustand, daß sie in das Hospital geschafft wurden. Dem „Etoile Belge“ zufolge warf ein Sozialist eine Sprengbombe in das Gebäude des Kriegsministeriums. Die Bombe platzte, verursachte jedoch keinen Schaden. Der Werfer wurde verhaftet. Am Sonnabend Vormittag begann die Staatsanwaltschaft eine Hausdurchsuchung in dem Maison du Peuple; während der Dauer derselben wurde der Eingang von Polizisten bewacht. Die Zahl der bei den Zusammenstößen mit der Polizei am Freitag Abend Verwundeten wird auf etwa 60 geschätzt; etwa 50 Verhaftungen wurden vorgenommen. Sonnabend früh herrschte in der Stadt wieder vollkommene Ruhe. Dazu kommt, daß der Streik, beendigt durch die allgemeine Anzustriedenheit, eine immer weitere Ausdehnung annimmt und nachgerade zu einem allgemeinen zu werden droht. In Kohlenreviere streikt bereits fast alles. Die Arbeiter sind außerordentlich aufgeregt. Kavallerie und Infanterie ist schon von Brüssel aus dorthin geschickt worden. In Wasmes und Natrage durchzogen Freitag früh mit Arbeitszeug und Pfählen bewaffnete Arbeiter die Straßen, einige Häuser wurden geplündert, auch wurde gedroht, die telegraphischen Verbindungen abzuschneiden. Vormittags 11 Uhr griffen etwa 300 Arbeiter die Kohlenwerke von Grand-Bouillon in Natrage an, drangen in den Hof derselben ein und richteten dort Verwüstungen an. In Lüttich herrschte ziemlich Ruhe, doch nimmt der Streik auch dort zu. Auch kam es einige Mal zum Handgemenge. Große Besorgniß hegt man wegen eines Diebstahls von Dynamit in der Fabrik von Heusy. Zahlreiche Hausdurchsuchungen bei bekannten Anarchoisten, um den Sprengstoff aufzufinden, blieben resultatlos. Sonnabend früh ist ein Linienregiment unter dem Oberbefehl des Generals Bouyet nach Caloviere abgegangen. — Um über Massacre in gegen das immer drohender werdende Umsturz greifen das Ausstandes und gegen die vielfachen Auflehnungen gegen die Staatsgewalt zu beschließen, fand am Freitag unter dem Vorsitz des Königs ein Ministerialrat statt, welcher beschloß, im Falle der Wiederholung von Unruhen diese mit Militärgewalt zu unterdrücken. — Ein Telegramm vom Sonntag meldet: Während in Brüssel eine ruhige Stimmung Platz greift, nimmt der Ausstand in der Provinz zu, wo gestern Abend etwa 180 000 Streikende gezählt wurden. Vielfachlich gekannte Arbeiter werden durch Drohungen der Sozialisten zur Einstellung der Arbeit gezwungen. Die Folgen der gestrigen und vorgezogenen Zusammenstöße in Brüssel und der Provinz sind viel ernster, als ursprünglich angenommen wurde. Man stellte drei Tode und 150 Verwundete fest. Besonders gefährlich scheint die Lage im Bezirk von Charleroi, wohin die Regierung Truppen unter dem Oberbefehl des Generals Ungrecht entsandte. — Als Bürgermeister Spalier in Brüssel am Sonntag in Avenue Louise spazieren ging, erhielt er von einem Theilnehmer an einem Manifestantenzuge, der ihn erkannt hatte, einen Schlag mit einem mit Blei gefüllten Rohrstock und wurde erheblich verletzt. Der Verwundete wurde nach seiner Wohnung gebracht.

Der Schöffe Anders wird inzwischen das Amt des Bürgermeisters versehen. Die Polizisten und Gendarmen eilten sofort nach Bekanntwerden des Attentats hinzu und hieben auf die Manifestierenden ein, welche mehrere Revolvergeschüsse abgaben. Ein Sozialist wurde verwundet, zwei Personen wurden verhaftet. Die Verletzung hielts sich glücklicherweise als eine nicht schwere herausgestellt.

Die jüngsten Ereignisse in Serbien finden fast in der gesamten Presse des In- und Auslandes eine durchaus ruhige Beurtheilung. Man ist allgemein der Ansicht, daß die durch das verfassungswidrige Vorgehen der Regenten und des liberalen Ministeriums geschaffene unhaltbare, die Sicherheit und den Frieden des Landes bedrohende Lage nur durch einen Gewaltstreich beseitigt werden konnte und daß den Radikalen nur der ihnen am 21. August v. J. durch die Berufung des liberalen Ministeriums kaumomisch ungerechtfertigte entzogene politische Einfluß zurückgegeben worden ist. Man muß sich hierbei erinnern, daß bei der Berufung des liberalen Ministeriums die Stupschina kaum 10 liberale Mitglieder zählte und daß die Regierung bei den kürzlich stattgehabten Neuwahlen nur durch den aller- verwerflichsten Druck und die ungeheuerlichsten Machinationen eine noch dazu nicht einmal ganz sichere Majorität in der Stupschina erlangte. Im Zustande scheint man besonders in Wien der allerdings überraschenden, nicht aber erschreckenden Entwicklung der Dinge sehr ruhig gegenüberzustehen. Das halbamtliche „Kreuzenblatt“ erklärt, Serbien werde sich sicherlich befriedigt fühlen, wenn dem jungen König die Lösung der schweren inneren Krise gelinge. Für Oesterreich-Ungarn, welches nichts Anderes als die Ordnung und die friedliche Entwicklung des Nachbarstaates wünsche, bleibe es gleichgültig, welche Parteien und Personlichkeiten hierfür Sorge tragen. In ähnlichem Sinne meint die „Neue Freie Presse“, Oesterreich habe keine Ursache, die Ereignisse in Serbien ungünstig oder feindselig zu beurtheilen. Die ungesunden Zustände in den letzten Wochen hätten zu größeren Besorgnissen Anlaß gegeben, die nun erledigt seien. Die Revolution von unten hätte ernste Ruhestörungen im Orient hervorbringen können, die Revolution von oben werde keine Erschütterungen nach sich ziehen. Auch die Pariser Blätter sprechen sich in ähnlichem günstigen Sinne aus. Der „Tempo“ hebt hervor, König Alexander habe dadurch, daß er die Regierung persönlich übernommen habe, dem Lande vielleicht den Bürgerkrieg erspart. Von den auswärtigen Regierungen hat sich bisher, wenn ein Bericht der Wiener „Allgemeinen Zeitung“ richtig ist, nur der österreichische Minister des Auswärtigen, Graf Kalnoy, über die Vorfälle ausgesprochen, indem er bei Gelegenheit der offiziellen Mitteilung der veränderten inneren Lage Serbiens durch den serbischen Gesandten Simitch aus für die neugeschaffene Situation das gleiche Wohlwollen gegen Serbien bekundete wie früher. — Darüber, wer der eigentliche hinter dem jugendlichen König stehende Urheber des Staatsstreiches ist, hat man bisher keine Klarheit erhalten können. Jedoch gewinnt die Vermuthung, daß in erster Linie nicht die russische Regierung, sondern der Czönig Milan die Hand im Spiele gehabt habe, mehr und mehr an Wahrscheinlichkeit. Eine dem Czönig besfreundete Persönlichkeit soll jedoch einem Redacteur der „Liberte“ in Paris erklärt haben, Milan wolle durchaus außerhalb aller mit den jüngsten Ereignissen verknüpften Kombinationen bleiben und stehe auch dem Vorgehen seines Sohnes vollständig fern, er habe dasselbe erst früh auf telegraphischem Wege erfahren. Betreffs des Verhaltens des Königs Alexander müsse hervorgehoben werden, daß derselbe immer auf bessere Beziehungen zu Rußland Werth gelegt hat. Wie dem Allen aber auch sein mag und in welcher Hand in letzter Linie auch die Fäden der Intrigue gerührt haben mögen, soviel scheint festzustellen, daß alles mit Wissen und unter Zustimmung des Belgrader russischen Gesandten Persiani geschah. Von sonstigen Eingeweihten werden noch Garaschewitsch, Oberst Kranasewitsch und 21 andere radikale und fortschrittliche Militärs genannt. König Alexander stimmte zu, als ihm die Nothwendigkeit dargelegt wurde, daß die Verfassung den sichern Bürgerkrieg verhindern könne, der durch die einseitige liberale Partei-Herrschaft drohend bevorstehe. Das Amtsblatt veröffentlicht die Proclamation und Urtage des Königs, durch welche die Regenten ihrer Amtspflicht entbunden werden, das Ministerium Ankaumowitsch entlassen, das neue Ministerium ernannt und die Stupschina aufgelöst wird. Ferner werden die Neuwahlen auf den 15. Mai a. St. ausgeschrieben und die neue Stupschina wird zum 1. Juni a. St. einberufen. — Nach einer Meldung der „Polit. Correspond.“ aus Belgrad wären Veränderungen in den serbischen diplomatischen Corps beabsichtigt. Nach der Bildung des definitiven Ministeriums und nach Beendigung der unaufschiebbaren Staatsgeschäfte beabsichtigt der König eine Rundreise durch das Innere des Landes anzutreten.

— Der Ministerpräsident Dokitsch ergriff am Freitag wiederholt die Gelegenheit, um seinen diplomatischen und publizistischen Besuchern auf das Bestimmteste zu versichern, die letzte Umwälzung sei ohne jegliche Einflüsse von auswärts erfolgt und sei ein unabweisbares Erforderniß der inneren Lage des Landes gewesen. — Späteren Nachrichten entnehmen wir noch Folgendes: Das „Amtsblatt“ verkündet die Pensionierung der Regenten. König Milan telegraphisirte heute dem Chef des Kabinetts Dokitsch: „Ich gratulire zum vollendeten Werke. Wäre die Regentschaft noch länger geblieben, so wäre es ein Unglück für das Land gewesen.“ Der Czönig wurde Sonntag in Belgrad erwartet. — Eine große Volksmenge zog in der Nacht zum Sonnabend vor das Haus des russischen Gesandten Persiani und bereitete ihm Ehrungen. Persiani richtete eine Ansprache an die Menge, die aber in Folge überausender Vivocufe nicht verstanden wurde. Sonnabend früh erschien Persiani beim König, ihm die Glückwünsche und die Sympathien des russischen Kaiserpaars bringend. — Das Ministerium Dokitsch wird vielfach nur als Uebergangsinstitut betrachtet. Der frühere radikale Ministerpräsident Gruic legte seinen Gesandtenposten in Konstantinopel nieder, um sich für die Stupschina wählen zu lassen; er wird als der künftige Ministerpräsident betrachtet.

In Amsterdam dränge sich während einer Rundfahrt der beiden holländischen Königinnen durch die Straßen der Stadt ein Haufen von Sozialisten an den Hofwagen und bewar diesen mit Schmähschriften. Die Polizei nahm in Folge dessen elf Verhaftungen vor.

### Deutschland.

Berlin, 17. April. Der Kaiser traf am Sonnabend Abend 6 Uhr auf der „Hohenzollern“ in Kiel ein. Prinz Heinrich, sowie die Viceadmirale Knorr und Schröder und der Contrabandier von Niederich begaben sich zu seiner Begrüßung an Bord, während die Flotte salutirte. Gestern Vormittag begab sich der Kaiser in Kiel von der „Hohenzollern“ nach der Marineabademie, wo die Vorstellung der Gabetten erfolgte. Hier wohnte er dem Gottesdienste in der Marine-Garnisonkirche bei und kehrte mittags an Bord der „Hohenzollern“ zurück, wo größere Tafel stattfand. Nachmittags 5 Uhr verließ der Kaiser unter dem Salut der Geschwadergeschiffe die „Hohenzollern“, fuhr nach der Jenseitsbrücke und begab sich zu Fuß zum Bahnhof. Die Abfahrt erfolgte um 5 Uhr 10 Min., die Ankunft in Berlin 11 Uhr 30 Min. abends. — Die Kaiserin Friedrich ist Sonnabend Vormittag aus Schloß Philippsruhe in Gronberg am Taunus eingetroffen, um ohne Aufenthalt nach Schloß Friedrichshof weiter zu fahren. Die Rückkehr nach Schloß Philippsruhe sollte noch am Abend erfolgen.

(Die internationale Sanitäts-Conferenz) in Dresden erreichte am Sonnabend mit der Unterzeichnung der Convention, der sich zunächst nur Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Montenegro, die Niederlande, Rußland und die Schweiz anschlossen, ihr Ende. Die Vertreter der übrigen Staaten nahmen die Convention ad referendum. Die Ratifikation erfolgt innerhalb 6 Monaten in Berlin. Die Convention zerfällt in zwei Hauptabschnitte. Der erste enthält internationale Abwehrmaßregeln gegen die Cholera in Bezug auf den Reise- und Waarenverkehr sowie Maßregeln, wodurch in Zukunft allen unnützen Erschwerungen des Verkehrs und Handels vorgebeugt werden soll. Der zweite Abschnitt betrifft die Behandlung des Gesundheitswesens an der Donaumündung. Im Namen des Kaisers schloß der preussische Gesandte Graf Dönhoff die Conferenz. Dem Könige von Sachsen und der Stadt Dresden wurde alsdann der Dank vorgetragen. Zum Schluß richtete der Staatsminister des Auswärtigen, v. Meysch, warme Abschiedsworte an die Mitglieder der Conferenz.

(Die Althwardtschen Akten.) Dem „Vorwärts“ zufolge hat die sozialdemokratische Fraktion am Freitag Abend beschlossen, einen Antrag Althwardts auf Einsetzung einer Commission zu unterstützen, welcher die Aufgabe ertheilt wird, über den Inhalt der Althwardtschen Akten im Reichstags Bericht zu ermitteln. Nach der „Staats. Zig.“ hat der Abg. Althwardt den Antrag dahin formulirt: Der Reichstag wolle zur Prüfung seines Aktenmaterials sofort eine Commission von 21 Mitgliedern einsetzen. Althwardt hielt also dabei, daß er sein Aktenmaterial nicht auf den Tisch des Hauses niederlegen, sondern nur einer besonderen Commission vorlegen will. Das mag er halten wie er will. Aber das scheint uns unerlässlich, daß in dem Auftrage, den der Reichstag dieser Commission ertheilt, genau festgelegt wird, in welchem Sinne die Prüfung der Akten stattfinden soll, mit anderen Worten: daß die Commission nur die Frage zu beantworten haben

wird, ob diese weiteren Akten die Behauptungen, welche Althwardt in den Sitzungen vom 18., 21. und 22. März bezüglich der Vorgänge bei Gründung des Invalidentfonds ausgesprochen hat, besser unterstützen, als die am 22. März dem Hause vorgelegten. Das ganze Bestreben Althwardts scheint dahin zu gehen, diese Sachlage zu verunkeln. Die Althwardtschen „Akten“ haben für den Reichstag nur insoweit Interesse, als sie das am 22. März vom Seniorencollegium gefällte Urtheil über das parlamentarische Treiben Althwardts zu erschüttern geeignet sind. Die Akten sollen ja zum Theil schmutzige Privatangelegenheiten nicht politischen Charakters von Personen ohne politische Stellung enthalten. Sich mit solchen Dingen zu beschäftigen, ist nicht Sache des Reichstags, sondern der Gerichte.

(Unter der Ueberschrift „Fürst Bismarck und Herr Stöder“) bringen die „Hamb. Nachr.“ einen Artikel, der sich gegen die Aeußerungen Stöders wendet, daß sich Fürst Bismarck mit allen Parteien gerieben, die Nationalliberalen an die Wand gedrückt, die Konservativen sehr unliebenswürdig behandelt, aber nie ein Wort gegen die Uebermacht des Judenthums übrig gehabt habe. Die „Hamb. Nachr.“ fragen dem gegenüber, ob sich ein leitender Minister etwa zum Hahnbund für Fraktionsinteressen hergeben solle, und ob Herr Stöder glaube, wenn er plötzlich an die Spitze der deutschen Politik gestellt würde, daß er feinerseits den Antisemitismus in dem bisher von ihm betriebenen Maße fortsetzen könne? Auf Veranlassung Bismarcks sei übrigens gegen Herrn Stöder beim Regierungsantritt Kaiser Friedrichs mit Rücksicht auf die Zäpferheit, die Herr Stöder im Kampfe gegen die Demokratie bewiesen, „ein milderes Verfahren als das beabsichtigte“ eingeschlagen worden. Herr Stöder sei nun in den Jahren, wo er seine Lebensschafflichkeit möglich mache. Der Artikel schließt: „es sei zu bebauern, daß die Fähigkeiten und die Energie, welche Herr Stöder besitzt, infolge seiner Charakterfehler ohne Nutzen für das Staatswesen verbräutet werden.“

(Gegen die Doppelwährung.) Die Glouauer Stadtverordnetenversammlung hat den Rath, Vorkehrungen gegen agrarische Experimente in der Währungsfrage zu treffen, beauftragt. Der „Niedersächs. Anz.“ meldet: „In deutschem Reichsgolde zurückzuführen sind die Hypothekendarlehen, welche gestern in nicht öffentlicher Sitzung der hiesigen Stadtverordnetenversammlung demüthigt worden sind. Die Versammlung hat beschlossen, jene Wohnung zu stellen und in das Grundbuch einen entsprechenden Vermerk eintragen zu lassen, um das Stadtsäckel vor Schäden zu bewahren für den Fall einer Verschlechterung unserer Reichswährung, wie sie die Agrarier erstreben.“

(Zu der Chicagoer Weltausstellung) werden sich nach dem „Anz. f. d. Havell.“ aus Spandau außer dem Obergeringenier Nagel von der Artillerieverfahret noch der Hauptmann Graf zu Leiningen von der Generalprüfungscommission und der Professor für Sprengstoffe im Auftrage der Militärverwaltung begeben.

(Der Bund der Landwirthe) hat der landwirthschaftliche Verein in Preussisch-Holland auf Antrag des Herrn Andohe-Grossen folgende Absage ertheilt: „Die landwirthschaftliche Gesellschaft des Preussisch-Holländer Kreises lehnt im Interesse der Einigkeit und des Friedens unter ihren Mitgliedern jede Beiehelligung am „Bunde der Landwirthe“ als einer einseitigen Interessensvertretung ab.“ Auch die landwirthschaftlichen Vereine Elbing B. und C. haben beschlossen, von dem Beitritt zum Bunde der Landwirthe Abstand zu nehmen.

(Marinenaechrichten.) S. M. S. „Kaiserin Augusta“ und S. M. Kreuzer „Seabler“ sind am 14. April in Halifax (Nova Scotia) eingetroffen und beabsichtigen am 16. nach Newport (Rhode Island) in See zu gehen. S. M. Kreuzer „Galle“ ist am 14. in Vossamedes eingetroffen und beabsichtigt am 18. nach San Paulo de Loanda in See zu gehen.

(Aus dem Sozialistenlager.) Eine am Freitag in Berlin stattgefundene Generalversammlung der sozialdemokratischen Arbeiterbildungs-schulen ergab, daß die Zahl der Schüler fortwährend im Rückgange begriffen ist; die Kassen sind leer und das einst mit so großen Hoffnungen ins Leben gerufene Institut kann nur noch durch fortwährende Sammlungen aufrecht erhalten werden.

(Der Tod Emin Paschas) und seiner Leute wird abermals bestätigt und zwar in Briefen des Sohnes Tippy Tippy, welche nach einem Telegramm der „Times“ aus Sansibar dort eingetroffen sind.

### Bemerkungen.

\* Der Dowsische Schuttpanzer. Schuttpanzer auf den Dowsischen Schuttpanzer sollen nach dem „Anz. f. d. Havell.“ demnächst in Spandau angestellt werden.



Wegen vollständiger Aufgabe des Geschäfts

# Total-Ausverkauf

meines Lagers in Kleiderstoffen, Bettzeugen, Leinen- u. Baumwollwaaren,

Fertigen Betten, Bettfedern, Dauen, Matratzen und Bettstellen

zu noch nie dagewesenen billigen Preisen.

Gemusterte und einfarbige reinwollene Kleiderstoffe

Hochmoderne engl. Kleiderstoffe

Mousseline in sehr großer Auswahl, neueste Muster,

Einen großen Posten einfarbige und gestreifte Lustres zu Straßen- und Hauskleidern

Tücher, Decken, Barchenthemden, Schürzen u. s. w. bedeutend unter Preis.

Gardinen, Portièren, Läufer- und Möbelstoffe von 25 Pf. an.

Merseburg.

H. Agte, Markt 8.

## Eduard Hoefler

in Merseburg.

Hôtel zum Palmbaum.

Niederlage

der Wein- und Spirituosenhandlung von Jo-

hannes Grün, Hoflieferant, in Halle

a/ Saale und Winkel 1/ Rheingau.

Verkauf sämtlicher in- und aus-

ländischer Weine in Gebinden und

Flaschen zu den Originalpreisen.

## Kindernähezwieback

nach ärztlicher Vorschrift bereitet, empfiehlt

Gustav Schönberger jun.

## Apfelsinen-, Himbeer-

u. Kirsch-Saft

à Pfd. 60 Pf.

empfehlen in Flaschen und ausgewogen

die Stadt-Apotheke.

2000 Gewinne!

III. Grosse

## Pferde-Verloosung

Nur zu Magdeburg.

Ziehung:

18. u. 19. Mai d. J.

Zur Verloosung gelangen

Landauer m. 2 Carrossiers

7000 Mark Werth ca.

Halbhaise mit 2 Pferden

5000 Mark Werth ca.

Jagdswagen m. 2 Juckern

3000 Mark Werth ca.

Einspänner - Stadtwagen

2000 Mark Werth ca.

Einspänner-Feldwagen

1500 Mark Werth ca.

25 edle Pferde

27500 Mark Werth

und 1970

sonst. werth. Gewinne,

im Ganzen 2000 Gewinne

im Gesamtwerthe von

60000 Mark.

Haasenstein & Vogler, A.-G.,

Magdeburg, Breitenweg 87 l.

## Bürger-Verein

für städtische Interessen.

Versammlung

Dienstag den 18. April 1893,

abends 8 Uhr,

im „Zivoli“.

Tagesordnung:

1) Berlesung des Protokolls voriger Ver-

sammlung.

2) Besprechung der städtischen Stats.

3) Sonntagserträge betreffend.

4) Vortrag über die Bestimmungen des Weg-

lichen Funds.

5) Bahnfahrtsversicherung.

6) Verschiedenes.

Gäste willkommen!

Der Vorstand.

## Jackets, Umhänge, Staubmäntel

von den billigsten bis zu den elegantesten

in nur geschmackvollen Façons.

In Kleiderstoffen jeden Genres

grosse Auswahl zu denkbar billigten Preisen.

Hugo Hartung,

vorm. J. Schönlicht.

Bin regelmässig Dienst-

tags, 6-7 Uhr, in Merseburg

im Hotel z. Sonne zu sprechen.

Halle a/S.

Dr. Danckert,

pract. homöop. Arzt.

Kellnerlehrling

mit guter Schulbildung gesucht

Rudolph's Hotel

am Bahnhof.

Mädchen für Stadt und Land, sowie

eine Wirthschafterin in ein Bauregut findet

sofort Stellung durch

Fran Voigt, Oberbrettelstraße 14.

Ein klüßiges mit guten Kenntnissen ver-

sehenes Dienstmädchen findet bei hohem Lohn

sofort oder später guten Dienst.

Unteraleuburg Nr. 59 l.

Ein ehrliches achtbares Mädchen für

Küche und Haus bei hohem Lohn bis zum

15. Mai gesucht. Fran Voigt, Reumarkt 71.

Ein ordentliches Kinder mädchen per 15.

Mai gesucht. Alwine Mayer,

Hospitalgärten.

Ein Schläffel gefunden. Abgeholt in

der Erped. d. Bl.

## 20 Mk. Belohnung

Demjenigen, welcher den Thäter, der die

Papieren auf diesem Gemeinde-Anger

gestohlen hat, so nachweist, daß er gerichtlich

bestraft werden kann.

Kraupendorf. Der Gemeinde-Vorsteher.

36 warme hierdurch Federmann, meinem

Sohne, dem Gambler-Gehilfen Hermann

Zachse, auf meinen Namen etwas zu borgen,

da ich keine Zahlung leistete.

Karl Sachse, Braunsdorf.

## Warnung.

Das Fischen im Gotthardtsiede

wird hiermit streng untersagt. In-

widerschulde, worunter sich na-

mentlich sehr häufig schulpflichtige

Kinder befinden, werden unan-

schaftlich wegen Verhals zur Ver-

antwortung gezogen.

Franz Dorias.

## Höchste und niedrigste Marktpreise

vom 9. bis mit 15. April 1893

Weizen, pr. 100 Kl. 16,50 bis 15, - Mk.

Roggen, do. 14,40 bis 13,50 "

Gerste, do. 18,20 bis 15, - "

Safer, do. 17, - bis 14,50 "

Erbsen, do. 20, - bis 18, - "

Linien, do. 44, - bis 18, - "

Bohnen, do. 19, - bis 16, - "

Kartoffeln, do. 5, - bis 4, - "

Rindfleisch (von der Steuer),

pro Kilo 1,40 bis 1,30 "

Schweinefleisch, do. 1,30 bis 1,20 "

Schäbchenfleisch, do. 1,40 bis 1,30 "

Kalbsteisch, do. 1,30 bis 1,20 "

Butter, do. 2,40 bis 2, - "

Eier, pro Schock 3, - bis 2,80 "

Sen, pro 100 Kilo 8, - bis 7,50 "

Stroh, do. 4,50 bis 4, - "

Marktpreis der Ferkel

in der Woche

vom 9. bis mit 15. April 1893

pro Stück 15,00 bis 22,50 Mk.

Siehe eine Beilage.

## Besonders günstige Gelegenheit.

Bei meiner letzten Anwesenheit in Gera fand ich einen Posten

hochmoderner solider Kleiderstoffe

mit kleinen ganz unbedeutenden Befehlern, welche Stoffe ich zu

hierorts unbekannt billigen Preisen

angebe.

Bertha Naumann,

Warrenstraße 1a, parterre.

## Gotthardts, Wilhelm Wolf Gotthardts,

fr. 39. empfiehlt zum Beginn der Saison

baumwoll. Strümpfe in diamantenschwarz und farbig,

Handschuhe in Zwirn, Flor und Seide, wollene

Hemden, Corsets in allen Preisen, verschiedene Decken

und Stoffe zu außergewöhnlich billigen Preisen. Eine

Partie angef. und unsef. Schuhe, Kissen, Ecken,

Tücher, Röcke, wollene Strümpfe in schwarz

und bunt, sowie Schürzen für Erwachsene und Kinder

gebe ich zu und unter Einkaufspreisen ab.

## Ortskrankenkasse

der Barbier, Böttcher, Buchbinder und

vereinigten Gewerke zu Merseburg.

## Generalversammlung

Sonntag den 30. April 1893, nachmittags 3 Uhr,

im Restaurant „Zur guten Quelle“.

Tagesordnung: 1) Rechnungslegung pro 1892.

2) Ertheilung der Decharge.

Etwaige Anträge sind schriftlich bis 29. April 1893 bei dem Vor-

sitzenden einzureichen.

Um zahlreiches Erscheinen der Herren Arbeitgeber und Kassen-Mitglieder

erzucht

der Vorstand.

Parlamentarisches.

Abgeordnetenhaus. (Sitzung vom 15. April.) Ueber die Folge des Kleinbahngesetzes konnte Minister Thiele heute bei der Berathung der Sekundarbahnen vor...

Zu derselben Stunde, wo die „Kreuztg.“ am Freitag von einer abthueilichen Verzögerung des Berichtes der Militärcommission sprach, hat der Abg. Gröber diesen Bericht dem Bureau des Reichstags handschriftlich übergeben.

Gegen den Reichseuchengesetzentwurf hat eine Protestversammlung am Freitag Abend bei Buggenhagen in Berlin getagt, welche von den Anhängern der arzneilosen Heilweise berufen war.

Die Budgetcommission hat am Sonnabend begonnen, in die Beratung der Novelle zum Militärpensionengesetz einzutreten.

Wirtschaftliches.

Die russische Antwort auf die deutschen Anerbietungen in Bezug auf den Handelsvertrag ist nach der „Rein. West. Ztg.“ vorläufig überhaupt nicht zu erwarten.

Neue Beschränkungen in der Haltung von Lehrlingen. Wie mehreren Zeitungen mitgeteilt wird, ist man im Reichsamte des Innern und im preussischen Handelsministerium seit einigen Monaten mit einer Neuregelung des Lehrlingewesens beschäftigt.

Zur Begutachtung der Sonntagserubestimmungen für Industrie und Handel werden demnächst die ersten Konferenzen in Berlin stattfinden, zu denen seitens der Regierung die in der Provinz stehenden Delegirten behufs Begutachtung der Ausnahmewilligungen berufen werden sollen.

Provinz und Umgegend.

Halle, 16. April. Die „Landwirtschaftliche Darlehenskasse zu Könnig“ (Vorsitzender Amtmann Nachtig in Gültz) hat jetzt ihre Thätigkeit begonnen.

Halle, 15. April. Die heutige Strafkammer verurtheilte den früheren Schlosser, jetzigen Kassierer in einem hiesigen kaufmännischen Geschäft, H. Deumer die, wegen Vergehens der Anzeigung zum Klassenhaft, zu 1 Monat Gefängnis.

Moritzburg gethan, wobei er sich als Anarchist und Atheist bezeichnet.

Halle a/S., 17. April. Ueber den Einbrecher Buchbinder Albert Koch von hier, 35 Jahre alt, vielfach, sogar mit Justizhaus vorbehaftet, kann ich Ihnen nach genauer Information noch folgendes mittheilen: Koch hat zu mindestens sieben Malen dem Schneidemeister Matthäus'schen Zuschlagen in der Vorstädterstraße zur Nachtzeit unter Benutzung falscher Schlüssel und Dietriche einen Besuch abgestattet und theure Tuche, theils Resten, theils vom Stück abgeschnitten, gestohlen.

Magdeburg, 15. April. Der heutige Tag hat über hundert Delegirte aus den verschiedensten Gauen Deutschlands zu den Generalversammlungen des Deutschen Privatbeamtenvereins und seiner Versorgungskassen geführt.

Erfurt, 15. April. Hier starb heute ein blühender Knabe von 10 Jahren an Eckenstarr.

Greiz, 16. April. Gestern Abend wurde in den hiesigen Gasthäusern und Gastwirthschaften der „Klabberadatsch“ durch die Genarmie konfiszirt.

Localnachrichten.

Merseburg, den 18. April 1893.

Von der hiesigen Schmiedezinnung wurde gestern 16 seitherigen Lehrlingen das Befähigungszeugniß eingehändigt.

In den Räumen des „Zivoll“ hatte am Sonnabend die letzte Soirée der Winteraison die Mitglieder des Musik- und Gesangvereins „Frenz“ mit ihren Damen zahlreich zusammengeführt.

des Programms bildende einaktige Operette „Die reiche Erbin“ von W. Kanzer erzielte einen guten Erfolg.

Nach einer Entscheidung des Reichsgerichts braucht für Fehler in einer Anzeige, welche in Folge unleserlich oder unendlich geschriebenen Manuscripts entstanden sind, kein Ersatz zu werden.

Der Verband der deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunker) wird im September d. J. und zwar um dieselbe Zeit in etwa 1100 deutschen Städten das Jubelfest seines 25 jährigen Bestehens feiern.

Gegen den antisemitischen Abg. Pidenbach war wegen einer Weinraub in Höhe von 250 Mk. die Zwangsvollstreckung studios ausgefallen.

Dem bei der hiesigen 4. Escadron eingestellten Einjährig-Freiwilligen Flintsch, gebürtig aus Leipzig, passirte am Sonntag Nachmittags gegen 6 Uhr in der Nähe des Feldschloßchens ein bedauerlicher Unfall.

Aus den Kreisen Merseburg und Querfurt.

Die königl. Eisenbahn-Direction Erfurt theilt mit, daß am 1. Mai d. J. der an der Bahnstrecke Cordtha-Leipzig, zwischen den Stationen Kölschau und Markranstädt gelegene neuerbaute Haltepunkt Großlehna für den Personen- und Gepäckverkehr eröffnet wird.

Lützen, 15. April. Die Stadtverordneten beschlossen, das Schulgeld für sämtliche Klassen der hiesigen beiden Bürger Schulen vom 1. April ab zu ermäßigen.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 17. April. Wie der Hall. Ztg. aus sicherster Quelle gemeldet wird, ist am Donnerstag früh zwischen dem Reichskanzler und dem Freiherrn von Suene ein Compromiß geschlossen worden, wonach die Annahme der Militär-Vorlage als gesichert anzusehen ist.

Vermissenes.

Ein berühmter hiesiger Räuber, auf dessen Kopf ein Preis von 4000 L. gesetzt war, ist am 9. April in Galatourou dinstig gemacht worden.



# Merseburger Correspondent.

Erscheint:  
Sonntag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag  
und Sonnabend früh 7½ Uhr.  
Geschäftsstelle: Delitzsche Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:  
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis  
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. —  
1 Mark 20 Pf. durch den Heraultträger. —  
1 Mark 25 Pf. durch die Post.

N. 76.

Dienstag den 18. April.

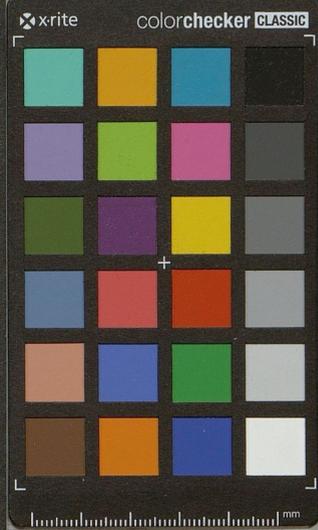
1893.

## \* \* Nicht-öffentliche Sitzungen des Reichstags.

Nachdem dem Plenum jetzt auch der Commission-Bericht über die sog. lex Heinze zur zweiten Beratung zugegangen ist, taucht die schon früher erörterte Frage wieder auf, ob es angezeigt sei, daß der Reichstag bei der Erörterung der Prostitutionstragen u. dergl. die öffentliche Verhandlung ausschliesse. Wir theilen die Furcht vor der Defensivität, die neuerdings in der gerichtlichen Praxis bedauerliche Fortschritte gemacht hat, in keiner Weise. Niemand ist gezwungen, den Verhandlungen des Reichstags, wenn der Inhalt derselben ein stilles Gefühl beleidigt, beizuwohnen und im Nothfall könnte ja der Präsident beim Eintritt in die Verhandlungen die Insassen bez. Insassinnen der Zuhörertribüne darauf aufmerksam machen, daß demnächst ein für zarte Ohren unangenehmes Thema zur Erörterung gelangen wird. Die Hauptsache ist, daß nach Art. 22 der Reichsverfassung die Verhandlungen des Reichstags öffentlich sind. Allerdings fügt der § 36 der Geschäftsordnung hinzu: der Reichstag tritt auf den Antrag seines Präsidenten oder von zehn Mitgliedern zu einer geheimen Sitzung zusammen, in welcher dann zunächst über den Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit zu beschließen ist. Wie ist dieser Widerspruch zwischen der Vorschrift der Verfassung und der der Geschäftsordnung zu erklären? Die Sache ist die, daß der konstituierende Reichstag des Norddeutschen Bundes behufs Befestigung der Verhandlungen die Geschäftsordnung des preussischen Abgeordnetenhauses seinen Beratungen zu Grunde gelegt hat. In dieser Geschäftsordnung aber ist lediglich der Art. 79 der preussischen Verfassung über den Ausschluß der Öffentlichkeit wiederholt und so ist diese Bestimmung in die Geschäftsordnung des Reichstags gelangt. Bei der Beratung der Geschäftsordnung im Norddeutschen Reichstage hat Niemand auf diesen Widerspruch zwischen Verfassung und Geschäftsordnung aufmerksam gemacht und seitdem ist die Frage im Reichstage nicht praktisch geworden. Zweifellos kann aber eine Bestimmung in der Geschäftsordnung nicht die Bedeutung haben, daß der Satz der Verfassung: „Die Verhandlungen des Reichstags sind öffentlich“ in sein Gegenbild verkehrt wird. Wäre das zulässig, so könnte man auf dem Umwege über die Geschäftsordnung auch andere Änderungen der Verfassung vornehmen. Wenn z. B. der Art. 9 vorschreibt, daß jedes Mitglied des Bundesraths das Recht habe, im Reichstage zu erscheinen und daselbst auf Verlangen jederzeit gehört werden müsse, so würde durch die Geschäftsordnung des Reichstags im Widerspruch mit der Verfassung bestimmt werden können, daß der Präsident des Reichstags das Recht habe, ein Mitglied des Bundesraths daran zu verhindern, außerhalb der Tagesordnung zu betheiligen. Auf diese Weise würde die Verfassung durch die Geschäftsordnung aufgehoben werden. Ebenfalls verfassungswidrig wäre aber der Ausschluß der Öffentlichkeit der Verhandlungen des Reichstags bei irgend einem Anlasse fern, was in der Geschäftsordnung stehen, was will.

## Politische Uebersicht.

Eine Interpellation wegen der serbischen Vorgänge wurde am Sonnabend im ungarischen Abgeordnetenhause von dem Abg. Polonpi (Unabhängigkeitspartei) eingebracht.  
Der schweizerische Bundesrath unterbreitet der Bundesversammlung demnächst einen Gesetzentwurf über die Bewaffnung, die Ausrüstung und den Unterricht des Landheeres in Friedenszeiten. Die Neubewaffnung des Auszuges und der Landwehr ist demnächst beendet; die Bewaffnung des Landheeres mit Repetiergewehren soll Ende Mai vollendet sein.  
Die zweite Lesung der Homerulevorlage wurde am Freitag im englischen Unterhause



ausgegangen sei. Inzwischen werten sich die Ausschüßten der Homerulevorlage immer ungünstiger und damit auch die Stellung Gladstone's immer schwieriger zu gestalten. Die „Birmingham Gazette“ erklärt nämlich, der Präsident des Oberverwaltungs Amtes, Fowler, wolle aus dem Kabinete scheidet, weil die Homerulevorlage keine genügenden Bürgschaften für den Schutz der protestantischen Minorität in Irland enthalte. Der Eintritt Fowler's, so bemerkt die „Gazette“, würde das Schicksal des Ministeriums Gladstone's besiegeln, da mindestens 20 Anhänger Gladstone's auf die Gelegenheit warten, der Homerulesache abtrünnig zu werden.

Die belgische Krise scheint am Freitag einer Lösung bedeutend näher gekommen zu sein. In einer Sitzung der Einundzwanziger Commission stimmten die Führer der äußersten Linken, Feron und Janson, dem Compromißantrag Nyssens zu, welcher sich auf das Mehrstimmensystem stützt. Die beiden Deputirten versprachen für diesen Antrag eine Unterstützung von 40 Stimmen der Linken. Von der Rechten wird die große Mehrheit die Regierung unterstützen, welche sich ebenfalls mit dem Antrag Nyssens einverstanden erklärt. Auf diese Weise dürfte der Antrag die nach der Verfassung für eine Verfassungsrevision erforderliche Zweidrittelmehrheit erhalten. Der Antrag Nyssen enthält im wesentlichen folgende Bestimmungen: Einfache Stimmgabe für alle Bürger im Alter von über 25 Jahren, doppeltes Botum für die Grundeigentümer mit einem Katastraleinkommen von wenigstens 70 Francs oder mit einer persönlichen Steuerbelastung von 5 Francs, doppeltes Botum für die Kapazitätswähler und dreifaches Botum für diejenigen, welche die obigen drei Erfordernisse in sich vereinigen. Diese Formel würde die Zahl der Wahlberechtigten auf 1 200 000 erhöhen, wogu dann noch weitere 800 000 Stimmen träten, welche durch das zwei- und dreifache Botum geschaffen würden. — Wie die zahlreichen einlaufenden Nachrichten aus allen Theilen des Landes erkennen lassen, ist es aber auch die höchste Zeit, daß ein Gesetz zustande kommt, welches wenigstens in etwas geeignet ist, die erregten Gemüther zu beruhigen. Denn die Regierung zeigt sich den Ausschreitungen der Volksmenge gegenüber äußerst ohnmächtig. Die Unruhen wiederholten sich,

mentlich in Brüssel und in den Kohlengebieten, gleich in größerem Umfange. In Brüssel hatten am Freitag Abend die Bürgergarde und die Gendarmen große Mühe, die Ordnung vor den Zugängen zu dem „Raison tu Peuple“ aufrechtzuerhalten. Bald traf Erkundung von etwa 30 Gendarmen, welche von der Menge mit Zischen und Schmähungen empfangen wurden, ein. Die Gendarmen hieben schließlich auf die ummuntanten ein, die Polizeigenossen folgten ihnen mit gezücktem Säbel. Es entstand eine wahre Panik, auf den Bürgersteigen erblickte man zahlreiche Blutspuren. Bald fehlten die Gendarmen zurück, drangen ein benachbartes Restaurant ein, von wo sie mit verschiedenen Gegenständen beworfen wurden, und ließen die Gasse mit Kolbenschlägen auseinander. Es kamen hierbei zahlreiche Verwundungen vor, darunter neun schwere. Die erste Wunde wurde den erwuntenen in einer benachbarten Apotheke zugeheilt; es erheischte es ihr Zustand, daß sie in das Hospital geschafft wurden. Dem „Etoile Belge“ zufolge warf ein Sozialist eine Sprengbombe in das Gebäude des Kriegsministeriums. Die Bombe platzte, verursachte jedoch keinen Schaden. Der Werfer wurde verhaftet. Am Sonnabend Vormittag begann die Staatsanwaltschaft eine Hausdurchsuchung in dem „Raison tu Peuple“, während der Dauer derselben wurde der Eingang von Polizisten bewacht. Die Zahl der bei den Zusammenstößen mit der Polizei am Freitag Abend Verwundeten wird auf etwa 60 geschätzt; etwa 50 Verhaftungen wurden vorgenommen. Sonnabend früh herrschte in der Stadt wieder vollkommene Ruhe. Dazu kommt, daß der Streik, zunächst durch die allgemeine Unzufriedenheit, eine immer weitere Ausdehnung annimmt und nachgerade zu einem allgemeinen zu werden droht. Im Kohlenrevier streikt bereits fast alles. Die Arbeiter sind außerordentlich aufgeregt. Kavallerie und Infanterie ist schon von Brüssel aus dorthin geschickt worden. In Wasmes und Natourage durchzogen Freitag früh mit Arbeitszeug und Pfählen bewaffnete Arbeiter die Straßen, einige Häuser wurden geplündert, auch wurde gedroht, die telegraphischen Verbindungen abzuschneiden. Vormittags 11 Uhr griffen etwa 300 Arbeiter die Kohlenwerke von Grand-Boillon in Natourage an, drangen in den Hof derselben ein und richteten dort Verwüstungen an. In Lüttich herrschte ziemlich Ruhe, doch nimmt der Streik auch dort zu. Auch kam es einige Mal zum Handgemenge. Große Besorgniß hegt man wegen eines Diebstahls von Dynamit in der Fabrik von Heufay. Zahlreiche Hausdurchsuchungen bei bekannten Anarchoisten, um den Sprengstoff aufzufinden, blieben resultatlos. Sonnabend früh ist ein Infanterieregiment unter dem Oberbefehl des Generals Bouyet nach Valenciennes abgegangen. — Um über Maßregeln in gegen das immer drohender werdende Umsturzgreifen das Ausmaß und gegen die vielfachen Auflesungen gegen die Staatsgewalt zu beschließen, fand am Freitag unter dem Vorsitz des Königs ein Ministerialrath statt, welcher beschloß, im Falle der Wiederholung von Unruhen diese mit Militärgewalt zu unterdrücken. — Ein Telegramm vom Sonntag meldet: Während in Brüssel eine ruhigere Stimmung Platz greift, nimmt der Aufstand in der Provinz zu, wo gestern Abend etwa 180 000 Streikende gezählt wurden. Vielfachlich geknurrte Arbeiter werden durch Drohungen der Sozialisten zur Einstellung der Arbeit gezwungen. Die Folgen der gestrigen und vorgezogenen Zusammenstöße in Brüssel und der Provinz sind viel enker, als ursprünglich angenommen wurde. Man stellte drei Tode und 150 Verwundete fest. Besonders gefährlich scheint die Lage im Bezirk von Charleroi, wohin die Regierung Truppen unter dem Oberbefehl des Generals Ungrecht entsandte. — Als Bürgermeister von Brüssel am Sonntag in Avenue Louise spazieren ging, erhielt er von einem Theilnehmer an einem Manifestantenzuge, der ihn erkannt hatte, einen Schlag mit einem mit Blei gefüllten Rohrstock und wurde erheblich verletzt. Der Verwundete wurde nach seiner Wohnung gebracht.